



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht, Ursula Sowa, Barbara Fuchs, Jürgen Mistol, Martin Stümpfig, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bauwirtschaft krisen- und zukunftsfest machen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zur Unterstützung der bayerischen Bauwirtschaft zu ergreifen.

Dazu gehören im Einzelnen:

- Ein Konzept für ein Baukonjunkturprogramm zur Unterstützung kommunaler Bauvorhaben mit Fokus auf Gebäudesanierung sowie zur Förderung innovativer und nachhaltiger Infrastrukturprojekte vorzulegen.
- Eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung der gemeinsamen Vergabe von Bau- und Planungsleistungen zu unterstützen und auf die bayerischen Vergabestellen hinzuwirken, dass der Ansatz aus dem „Burgi-Gutachten“ in Vergabeverfahren grundsätzlich angewendet werden darf.
- Sich im Rahmen des Vorsitzes der Bauministerkonferenz für eine umfassende Reform des Normungswesens einzusetzen, die neben einer Kostenfolgeabschätzung eine Abstufung der Normierung zum Ziel hat.
- In Abstimmung mit der Architekten- und Ingenieurekammer sowie den kommunalen Spitzenverbänden einen Leitfadens zur Umsetzung des Gebäudetyps-E bei Bauvorhaben der öffentlichen Hand zu erstellen.
- Die Flächenmanagement-Datenbank dahingehend zu erweitern, dass auch Aufstockungspotenziale erfasst werden.
- Eine Quote für den Einsatz von Recyclingbaustoffen im staatlichen Hochbau sowie für Bauvorhaben der staatlichen Wohnungsbaugesellschaften einzuführen.
- E-Rechnungen, die die öffentliche Hand von Bauunternehmen verlangt, ausschließlich digital zu bearbeiten.
- Ein Pilot-/Forschungsprojekt für die Prüfung von Bauanträgen durch eine entsprechende KI zu initiieren.

Begründung:

Lange war die Bauwirtschaft der Stabilitätsanker der bayerischen Wirtschaft. Aber der Motor ist aufgrund hoher Inflation, steigender Zinsen und hoher Energiepreise ins Stottern geraten. Infolge ist vor allem der Wohnungsbau eingebrochen. Eine Trendwende ist noch nicht in Sicht, weshalb die Politik gefragt ist, die Lage zu verbessern und nachhaltig zu sichern. Im Rahmen einer gemeinsamen Sachverständigenanhörung des Aus-

schusses für Wohnen, Bau und Verkehr und des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zur Lage und Perspektive der Bauwirtschaft fordert die bayerische Baubranche von der Politik die spürbare Vereinfachung von Bauvorschriften, deutlich weniger Bürokratie und mehr Verlässlichkeit bei Förderung und Rahmenbedingungen. Gerade in stürmischen Zeiten kann insbesondere die öffentliche Hand dazu beitragen, dass die Baubranche gut und nachhaltig durch die Krise kommt. Die Staatsregierung ist hier Vorbild und muss deshalb so schnell wie möglich ein Baukonjunkturprogramm auf den Weg bringen, das mit gezielten Förderungen den stotternden Motor der Bauwirtschaft wieder zum Laufen bringt. Die Streichung des § 3 Abs. 7 Satz 2 Vergabeverordnung (VgV) führt zu einer vermehrten europaweiten Ausschreibung, was mit einem Kostenanstieg wegen Mehraufwand für Planungsbüros und öffentliche Auftraggeber einhergeht. Das in einem Rechtsgutachten von Prof. Dr. Martin Burgi entwickelte alternative Beschaffungskonzept kann einen wirksamen Beitrag zum Bürokratieabbau und zur Beschleunigung von Vergabeverfahren leisten. Bayern hat zudem am 1. Januar 2024 den Vorsitz in der Bauministerkonferenz übernommen. Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter soll die Möglichkeit nutzen, sich bundesweit für eine umfassende Reform des Normungswesens einzusetzen. Mit der Initiative eines „Gebäudetyps-E“ (wie „einfach“ oder „experimentell“) hat die Bayerische Architektenkammer einen neuartigen Vorschlag für einen regulatorischen Befreiungsschlag vorgelegt, der es ermöglichen soll, mehr Innovation zu wagen, um nachhaltige Gebäude einfach und zu bezahlbaren Kosten zu bauen. Mittlerweile wurde in der Bayerischen Bauordnung der Grundstein für die Einführung eines Gebäudetyps-E gelegt. Um die Umsetzung zu forcieren, sollte ein Leitfaden entwickelt und den Kommunen für die Realisierung von Bauvorhaben zur Verfügung gestellt werden. Nachhaltigkeit ist die Zukunft am Bau. Um Innenentwicklungspotenziale und damit die Schaffung von Wohnraum noch besser nutzen zu können, sollten in der Flächenmanagement-Datenbank des Freistaates zusätzlich die Potenziale für Dachaufstockungen und -ausbauten erfasst werden. Angesichts der fortschreitenden Rohstoffknappheit ist es unabdingbar, die Kreislaufwirtschaft am Bau voranzubringen. Der Freistaat kann hierbei eine Vorbildfunktion einnehmen, indem er sich im Staatlichen Hochbau eine Quote zum Einsatz von Recyclingbaustoffen auferlegt sowie bei den staatlichen Wohnungsbaugesellschaften ebenfalls darauf hinwirkt. E-Rechnungen, die Bauunternehmen bei Arbeiten für die öffentliche Hand einreichen müssen, werden in den Staatlichen Bauämtern häufig noch ausgedruckt und dann korrigiert per Post zurückgeschickt. Da ist die Digitalisierung nicht zu Ende gedacht und verursacht bei den Unternehmen zusätzlichen Aufwand. Auch in der Bauverwaltung herrscht Fachkräftemangel. Gleichzeitig sind viele Bauanträge Standardanträge, die leicht von einer KI geprüft werden können, ähnlich wie das z. B. bei den Corona-Überbrückungshilfen durch die IHK München und Oberbayern erfolgt ist. Dies würde die Bauämter entlasten und die Bearbeitung von Bauanträgen beschleunigen.